



Verbandsgemeinde Rhein - Selz

Information nach Art. 13, 14 und 21 der Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) Fachbereich Zentrale Dienste – digitale Rats- und Ausschusssitzungen –

Verantwortlicher

(Art. 13 Abs. 1 lit. a DS-GVO)

Verbandsgemeinde Rhein-Selz

Zentrale Dienste

Sant' Ambrogio-Ring 33

55276 Oppenheim

Telefon: 0 61 33 / 49 01 0

E-Mail: verbandsgemeinde@vg-rhein-selz.de

Beauftragte oder Beauftragter für den

Datenschutz (Art. 13 Abs. 1 lit. b DS-GVO)

Verbandsgemeinde Rhein-Selz

Datenschutzbeauftragte

Sant' Ambrogio-Ring 33

55276 Oppenheim

Telefon: 0 61 33 / 49 01 23 8

E-Mail: datenschutzbeauftragte@vg-rhein-selz.de

Zwecke und Rechtsgrundlage der Verarbeitung personenbezogener Daten (Art. 13 Abs. 1 lit. c DS-GVO)

Zweck

- Durchführung von digitalen Rats- und Ausschusssitzungen
Ihre personenbezogenen Daten werden verarbeitet um Ihnen mit Cisco Webex Telekom einen cloudbasierten Web- und Videokonferenzdienst anbieten zu können und Ihnen somit die Teilnahme an digitalen Rats- und Ausschusssitzungen zu ermöglichen.

Rechtsgrundlage:

- § 35 Abs. 3 der Gemeindeordnung (GemO)
- Art. 6 Abs. 1 lit. e) DS-GVO i.V.m. § 3 LDSG

Datenkategorien und Empfänger von personenbezogenen Daten (Art. 13 Abs. 1 lit. e DS-GVO)

Folgende personenbezogene Daten werden von den Teilnehmenden an Rats- und Ausschusssitzungen erhoben und verarbeitet:

- Registrierungsinformationen (z.B. Name, Email-Adresse, Passwort, IP-Adresse)
- Nutzungsdaten (z.B. Hardware-Typ, Betriebssystem, IP-Adresse, Zeitpunkt und Dauer des Meetings, Anzahl der Meetingteilnehmenden)
- Kommunikationsinhalte (z.B. Chatinhalte, hochgeladene Dateien)

Im Rahmen der Durchführung von Videokonferenzen und zur Sicherstellung, dass nur berechtigte Personen an den Rats- und Ausschusssitzungen teilnehmen dürfen und veranstalten dürfen (Einhaltung der Lizenzbestimmungen) werden Ihre Daten von Mitarbeitenden der Verbandsgemeindeverwaltung Rhein-Selz verwendet. Es haben innerhalb der Verwaltung nur diejenigen Personen Zugriff auf Ihre Daten, die für einen ordnungsgemäßen Ablauf der digitalen Sitzungen zuständig sind und Ihre Daten zur Verwaltung der Zugriffsberechtigungen benötigen.

Datenverarbeitung durch einen Dritten/Übermittlung an Drittland (Art. 13 Abs. 1 lit. f DS-GVO)

Cisco Webex Telekom ist eine cloudbasierte Anwendung, die nicht direkt von der Verbandsgemeinde Rhein-Selz betrieben wird. Ihre Daten werden in unserem Auftrag von der Telekom - T-Systems International GmbH -, Hahnstraße 43d, 60528 Frankfurt am Main verarbeitet. Mit der Telekom – T-Systems International GmbH haben wir einen Vertrag über die Auftragsverarbeitung geschlossen. Unterauftragsverarbeiter für die Telekom – T-Systems International GmbH – ist Cisco Systems, 9-11 Neu Square, Bedfont Lakes, Feltham, United Kingdom, als Systemlieferant. Mit Cisco Systems hat die Telekom die notwendigen Verträge über die Auftragsdatenverarbeitung abgeschlossen. Weitere Hinweise zur Auftragsdatenverarbeitung und zum Datenschutz finden Sie unter:

https://konferenzen.telekom.de/fileadmin/Redaktion/conference/pdf/Anlage_2_Cisco_Webex_Auftragsverabeitungsvertrag_AVV.pdf

https://konferenzen.telekom.de/fileadmin/Redaktion/conference/cisco-webex/ErgB-AV_Konferenzloesungen_des_Partners_Cisco_WebexStandard_10.pdf

https://konferenzen.telekom.de/fileadmin/Redaktion/conference/pdf/Datenschutz_Cisco_WebEx.pdf

Dauer der Speicherung (Art. 13 Abs. 2 lit. a DS-GVO)

Wir speichern Ihre personenbezogenen Daten nur solange, wie es für die Zwecke der Durchführung von Videokonferenzen, der Nachverfolgung von Lizenzkonditionen oder der Problemdiagnose und Service-Verbesserungen erforderlich ist.

Betroffenenrechte (Art. 13 Abs. 2 lit. c bis d DS-GVO)

Jede von einer Datenverarbeitung betroffene Person hat nach der Datenschutzgrundverordnung insbesondere folgende Rechte:

- Recht auf **Auskunft** über die zu ihrer Person gespeicherten personenbezogenen Daten und deren Verarbeitung (Art. 15 DS-GVO). In dem Auskunftsantrag sollten das Anliegen präzisiert werden, um das Zusammenstellen der erforderlichen Daten zu erleichtern. Daher sollten in dem Antrag möglichst Angaben zum konkreten Verwaltungsverfahren (z.B. Steuerart und Jahr) und zum Verfahrensabschnitt (z.B. Festsetzung, Zahlungsabwicklung, Vollstreckung) gemacht werden.
- Recht auf **Berichtigung**, soweit sie betreffende Daten unrichtig oder unvollständig sind (Art. 16 DS-GVO).
- Recht auf **Löschung** der zu ihrer Person gespeicherten Daten, soweit eine der Voraussetzungen nach Art. 17 DS-GVO zutrifft. Der Anspruch auf Löschung hängt unter anderem davon ab, ob die betreffenden Daten von der öffentlichen Stelle zur Erfüllung ihrer gesetzlichen Aufgaben noch benötigt werden.

Ausnahmen vom Recht auf Löschung bestehen zur Ausübung der Meinungs- und Informationsfreiheit, zur Erfüllung rechtlicher Speicherpflichten, aus Gründen des öffentlichen Interesses im Bereich der öffentlichen Gesundheit, für öffentliche Archivzwecke, wissenschaftliche, historische und statistische Zwecke sowie zur Durchsetzung von Rechtsansprüchen.

- Recht auf **Einschränkung der Verarbeitung**,
 - insbesondere soweit die Richtigkeit der Daten bestritten wird,
 - für die Dauer der Überprüfung der Richtigkeit, wenn die Daten unrechtmäßig verarbeitet werden, die betroffene Person aber statt der Löschung die Einschränkung der Verarbeitung verlangt,
 - wenn die betroffene Person die Daten zur Geltendmachung oder Ausübung von Rechtsansprüchen oder zur Verteidigung gegen solche benötigt werden und deshalb nicht gelöscht werden können,
 - oder wenn bei einem Widerspruch nach Art. 21 noch nicht feststeht, ob die berechtigten Interessen des Verantwortlichen gegenüber denen der betroffenen Person überwiegen.

Die Einschränkung steht einer Verarbeitung nicht entgegen, soweit an der Verarbeitung ein wichtiges öffentliches Interesse besteht.

- Recht auf **Widerspruch** gegen die Verarbeitung personenbezogener Daten aus persönlichen Gründen, soweit kein zwingendes öffentliches Interesse an der Verarbeitung besteht das die Interessen, Rechte und Freiheiten der betroffenen Person überwiegt, oder die Verarbeitung der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen (Art. 21 DS-GVO) dient.

Die verantwortliche Stelle kann dem jedoch nicht nachkommen, wenn an der Verarbeitung ein überwiegendes öffentliches Interesse besteht oder eine Rechtsvorschrift sie zur Verarbeitung verpflichtet (z.B. Durchführung des Besteuerungsverfahrens, Führung des Gewerberegisters).

- **Beschwerderecht (Art. 13 Abs. 1 lit. e DS-GVO)**

Jede betroffene Person hat das Recht auf Beschwerde beim **Landesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit Rheinland-Pfalz**, wenn sie der Ansicht ist, dass ihre personenbezogenen Daten rechtswidrig verarbeitet werden:

Der Landesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit Rheinland-Pfalz, Hintere Bleiche 34, 55116 Mainz, Tel.-Nr.: 0 61 31 / 89 20 0, Fax: 0 61 31 / 89 20 29 9, E-Mail: poststelle@datenschutz.rlp.de